

- Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 26). München 1988, S. 213–299, hier S. 247 (Zu Franz Emmer: S. 247–255).
- ¹⁰ Fürstenfeldbrucker Zeitung vom 5./6. Juli 1936.
- ¹¹ Klaus Wollenberg: Fürstenfeldbruck im Jahre 1935. Vom Markt zur Stadt. In: *Amperland* 22 (1986), S. 245–250; *ders.*: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992). In: *Hejo Busley u.a.* (Hrsg.): *Der Landkreis Fürstenfeldbruck. Natur – Geschichte – Kultur.* Fürstenfeldbruck 1992, S. 220–335, hier v. a. S. 236 ff.
- ¹² BayHStA, Reichsstatthalter 300/11.
- ¹³ Wollenberg, Fürstenfeldbruck im Jahre 1935 (wie Anm. 11).
- ¹⁴ Zu Epp und seiner Behörde zuletzt und mit weiterführenden Literaturhinweisen: *Bernhard Grau*: *Der Reichsstatthalter in Bayern: Schnittstelle zwischen Reich und Land.* In: *Rumschöttel/Ziegler* (wie Anm. 2), S. 129–169.
- ¹⁵ In einem Vermerk des Bearbeiters beim Reichsstatthalter heißt es: »Es handelt sich hier um die Ausübung eines Hoheitsaktes. Es empfiehlt sich deshalb, die Verleihung der Bezeichnung Stadt nicht in einer Entschließung an das Staatsministerium des Innern (von der Fürstenfeldbruck nur einen Abdruck bekäme), sondern in einer besonderen Urkunde auszusprechen. Da eine feierliche Beurkundung vorliegt, ist dabei die Verwendung des großen Reichssiegels zulässig und angezeigt (s. 6. Erlaß über die Dienstsiegel vom 11. Mai 1933, RGBl. I S. 261). Die Urkunde wurde vom Hauptmünzamt München entgegenkommenderweise unentgeltlich gefertigt.« Wie Anm. 12.
- ¹⁶ Personalakt: BayHStA, MInn 85052.
- ¹⁷ Wie Anm. 12.
- ¹⁸ Staatsarchiv München, LRA 189 352.
- ¹⁹ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, B 1-3/7 Protokollbuch des Magistrats (23. 12. 1901) und B 1-4/2 Protokollbuch der Gemeindebevollmächtigten (6. 5. 1902).
- ²⁰ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck B 1-3/8 Protokollbuch des Magistrats (1. 5. 1905).
- ²¹ Stadterhebung Pasings zum 1. 1. 1905; zum 1. 4. 1938 wird Pasing in die Landeshauptstadt München eingemeindet.
- ²² *Brucker Wochenblatt* Nr. 49 vom 21. Juni 1905. Die angesprochene, am 6. Juni 1905 vom Magistrat angeregte gemeinsame Sitzung von Magistrat und Kollegium hat offensichtlich nicht stattgefunden. Vgl. Stadtarchiv Fürstenfeldbruck B 1-4/3 Protokollbuch der Gemeindebevollmächtigten (6. 6. 1905).
- ²³ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt vom 25. Februar 1935.

- ²⁴ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt 23./24., 25., 26. und 27. Februar 1935.
- ²⁵ Fürstenfeldbrucker Wochenblatt vom 25. Februar 1935.
- ²⁶ *Völkischer Beobachter* vom 2. Oktober 1935.
- ²⁷ Wie Anm. 12.
- ²⁸ BayHStA, OBB (Oberste Baubehörde) 12712; auch: *Wolfgang Istel*: *Steuerung der Siedlungs- und Raumentwicklung.* In: *Winfried Nerdinger* (Hrsg.): *Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945.* München 1993, S. 236–251.
- ²⁹ *Gustav von Kahr*: *Bayerische Gemeindeordnung für die Landestheile diesseits des Rheins.* 2 Bde. München 1896 und 1898 (einschlägig: Art. 9).
- ³⁰ Ermittelt mit Hilfe von *Erich Keyser/Heinz Stoob* (Hrsg.): *Bayerisches Städtebuch.* 2 Teile. Stuttgart 1971 und 1974. Herangezogen wurden außerdem die im BayHStA verwahrten Akten des Staatsministeriums des Innern (MInn).
- ³¹ *W. Laforet/H. von Jan/M. Schattenfroh*: *Die Bayerische Gemeinde-, Bezirks- und Kreisordnung.* Bayer. Gemeindeordnung, 2 Bde. München 1931 (einschlägig: Art. 2).
- ³² A. a. O., Bd. 1, S. 155.
- ³³ Wie Anm. 12.
- ³⁴ *Max Schattenfroh*: *Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 mit Durchführungsverordnung, Ausführungsanweisung und den Überleitungsverordnungen der größeren Länder.* München 1935, S. 50.
- ³⁵ A. a. O., S. 48.
- ³⁶ Wie Anm. 12. Außerdem Staatsarchiv München, LRA 10974 mit den im Bezirksamt Fürstenfeldbruck angefallenen Unterlagen, darunter der handschriftliche Entwurf (Bezirksamtmann Dr. Sepp) der Stellungnahme des Bezirksamts.
- ³⁷ Wollenberg, Fürstenfeldbruck im Jahre 1935 (wie Anm. 11), S. 248.
- ³⁸ *Ernst Fraenkel*: *Der Doppelstaat.* Frankfurt am Main 1974 (englische Erstausgabe 1940).
- ³⁹ Vgl. *Adelheid von Saldern* (Hrsg.): *Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975)* (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung 2). Stuttgart 2005.
- ⁴⁰ BayHStA, Reichsstatthalter 96.

Anschrift des Verfassers:
 Prof. Dr. Hermann Rumschöttel, Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Schönfeldstr. 5, 80539 München

Die Entwicklung Fürstenfeldbrucks aus wirtschaftspolitischer Sicht in den ersten Jahren nach der Stadtwerdung 1935

Von Prof. Dr. Klaus Wollenberg

In einer Veröffentlichung des bayerischen Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 1967 heißt es u. a.: »Die Geschichte der Stadt Fürstenfeldbruck, mit rund 21 000 Einwohnern der zentrale Mittelpunkt des gleichnamigen Landkreises, reicht bis in das 9. Jahrhundert zurück, 828 wird erstmals eine kleine Siedlung mit Namen Bruck urkundlich erwähnt. Mitte des 14. Jahrhunderts wurde Bruck, inzwischen zur Marktgemeinde erhoben, der Hoheit des benachbarten Klosters Fürstenfeld unterstellt; es blieb so bis zur Säkularisation im Jahre 1803. Im Jahre 1935 wurden Fürstenfeldbruck die Stadtrechte verliehen. Seine eigentliche Blütezeit erlebte es aber erst nach dem 2. Weltkrieg, begünstigt durch die Nähe zur bayerischen Landesmetropole, an deren wirtschaftlichen Aufschwung es als bevorzugte Randsiedlung in besonderem Maße teilhatte. Sein offener rechteckiger Marktplatz bewahrt bis heute das wohlvertraute Bild eines typischen altbayerischen Marktes mit seinen behäbigen und wohlhabenden Bürgerhäusern ...«¹ Dieser Aussage über die »eigentliche Blütezeit Fürstenfeldbrucks«, die, folgt man den Ausführungen der Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes, nach dem Zweiten Weltkrieg liegt, werden vermutlich viele zustimmen. Aber für einige kommunalpolitische Felder Fürstenfeldbrucks sind erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Formulierung anzumelden. Besäß Fürstenfeldbruck überhaupt schon einmal eine richtige Blütezeit könnte man ebenso fragen, wie den Gedanken zu verfolgen, ob die grundlegenden Weichenstellungen, die be-

stimmte Strukturen bis heute prägen, in den Anfangsjahren als »Stadt« gelegt wurden, so dass die »planerische Blüte« vor Kriegsende auszumachen ist? Derartige Überlegungen überraschen vielleicht. Insbesondere das Schlaglicht, »Wirtschaft« in den ersten Jahren nach Stadtwerdung, soll hier näher untersucht werden, um eine mögliche Antwort zu finden.

Quellen und Archivsituation

Amtliche Statistiken mit einschlägigen Kennzahlen zur wirtschaftlichen Situation der bayerischen Kommunen wurden zwischen dem Ende des Ersten und dem Zweiten Weltkrieg lediglich für die Jahre 1925 und 1939 erhoben und veröffentlicht.² Bereits 1935 hatte Hitler die Bekanntgabe des Staatsetats verboten.³ Im Stadtarchiv Fürstenfeldbruck sind die Beschlussbücher des Rates ebenso einschlägig, wie diverse Beiträge in Tageszeitungen.⁴ Die erhaltenen städtischen Haushaltsunterlagen einzelner Jahre und diverse Stadtchroniken enthalten interessante Hinweise zum Thema. Weniger relevant unter wirtschaftshistorischer Betrachtung sind die jüngst vom Ordinariatsarchiv in Druckform verlegten Einmarschberichte der katholischen Geistlichen für die Jahre 1945/46. Für die amerikanische Militärregierungszeit sind die OMGUS-Akten relevant, die im Original in den National Archives in Washington aufbewahrt werden. Anhand von Mikrofiches wichtiger Zusammenfassungen dieser OMGUS-Unterlagen verfügt das Bayerische Hauptstaatsar-

chiv München über einen Teil des Bestandes. Ebenfalls im Hauptstaatsarchiv finden sich Unterlagen zur Flüchtlingsthematik, die für den Landkreis und die Stadt Fürstenfeldbruck mit der Studie von Angelika Fox ausgewertet wurden. Im Bayerischen Staatsarchiv werden die abgegebenen Akten des ehemaligen Bezirks-, später Landratsamtes Fürstenfeldbruck verwahrt. Dort sind u. a. sehr informativ die monatlichen Lageberichte des Landrates von Fürstenfeldbruck (einschließlich diverser Anlagen), die wenigen erhaltene Akten der NSDAP-Kreisleitung und anderer NS-Organisationen, diverse Unterlagen über den Fliegerhorst und die Polizeischule, Personalakten sowie die weitgehend erhaltene Ausländerkartei des Fremdarbeitereinsatzes während des Zweiten Weltkrieges in den Gemeinden und der Stadt Fürstenfeldbruck. Hierin finden sich auszugsweise auch Schriftstücke der ehemaligen Gendarmerie sowie der Stadtpolizei von Fürstenfeldbruck. Ebenso können in den Aktenständen drei Fälle von Arisierung in Fürstenfeldbruck, Emmering und Esting nachvollzogen werden. Die überlieferten Unterlagen der Stadtpolizei Fürstenfeldbruck werden ansonsten im Stadtarchiv aufbewahrt. Nicht herangezogen wurden die für die Errichtung der ehemaligen Luftkriegsschule 4 und den Fliegerhorst relevante Aktenbestände im Bundesarchiv Berlin/Potsdam sowie im Militärgeschichtlichen Archiv in Freiburg/Breisgau. Im Landkreisbuch von 1992, in der im Jahr 2000 erschienenen Geschichte der Sparkasse Fürstenfeldbruck, der 1996 vorgelegten Darstellung zur Geschichte der Künstlervereinigung sowie verschiedenen weiteren Veröffentlichungen wurden vom Autor selbst unterschiedene Aspekte der NS-Jahre in Fürstenfeldbruck beleuchtet.

Die Situation Ende der 1920er Jahre

Die soziale und wirtschaftliche Notlage von Teilen der Bevölkerung infolge der Weltwirtschaftskrise wurde 1929 zum bestimmenden Thema des neu gewählten Fürstenfeldbrucker Gemeinderates. Arbeitslosigkeit und soziale Not wuchsen im Bezirk Fürstenfeldbruck innerhalb weniger Monate zwischen März und August 1929 (von rund fünf Prozent auf mehr als acht Prozent) an. Die Zahl der Mittel- und Obdachlosen im Bezirk hatte sich ausweislich der Polizeistatistik im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt und lag im Sommer 1930 bei 4470 Personen, die auf Kosten der örtlichen Armenpflege versorgt werden mussten. Zum Vergleich, im gesamten Bezirk lebten 1933 35883 Menschen. Ebenso können die von der Marktgemeinde Fürstenfeldbruck zwischen 1928 und 1935 geleisteten Fürsorgeaufwendungen als Maßstab für die Krisenzeit herangezogen werden. Bewegte sich der Zuschuss der Gemeindekasse zur Fürsorgekasse im Jahr 1928 noch bei knapp 29000 RM, schnellte diese Summe in 1932 auf rund 130000 RM empor, fiel ein Jahr später auf etwa 85000 RM und belief sich 1934 und 1935 auf etwa 60000 RM.⁵ Ende 1933 lagen der gemeindlichen Fürsorge noch rund 500 Personen anheim, »damit gerechnet bei 3 Personen je Partei in der Befürsorgung ein Viertel der Einwohnerzahl (6016 Personen) in Fürsorge«.

Der Fürstenfeldbrucker Gemeinderat beschloss vor diesem Hintergrund 1930 die Einrichtung einer Suppenküche im Gasthaus zur Sonne, in der pro Tag durchschnittlich 250 bis 300 Essen, insgesamt im Jahr 11780 Portionen, abgegeben wurden. In der Gaststube konnte nach Vorlage der Erlaubnis-karten und 15 Pfennig Entgelt pro Portion die Suppe gegessen oder mit nach Hause genommen werden. Bezugsberechtigt waren Arbeitslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Ausgesteuerte und sonstige unbemittelte oder der Fürsorge

zugewiesene Personen. Im Winter 1930/31 richtete Bürgermeister Uhl an seine Mitbürger die dringende Bitte, »Geld und Sachspenden und vor allem Lebensmittel für die Suppenküche« heritzustellen.

Auch in den Wintermonaten 1931/32 und 1932/33 wurde das »Fürstenfeldbrucker Hilfswerk« mit Suppenküche, Kinderspeisung und -betreuung, Lebensmittel- und Brennmaterialabgaben, Wärmestube und Altkleiderstelle wiederum benötigt. Aufgrund der mit der allgemeinen Notlage einhergehenden Bankenkrise hielt die Sparkasse am 13. Juli 1931 ihre Schalter für 24 Stunden geschlossen und aus Kostengründen ließ Fürstenfeldbruck 1932 die traditionsreiche Leonhardiwallfahrt ausfallen.

Während 1932 noch über 300, ein Jahr später noch 209 Fürstenfeldbrucker Familien der Fürsorge oblagen, sank diese Zahl 1934 auf 100 und 1935 auf 93 Familien. Ebenso wie auf Reichsebene lässt sich für die kommunale Ebene in Fürstenfeldbruck festhalten, dass der Höchstpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Notlage im Jahr 1932 lag und bei Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten im ersten Quartal 1933 die volkswirtschaftlichen Kennziffern sich bereits verbessert hatten.

Auch die Statistik der Tätigkeit im Baugewerbe für den gesamten Bezirk Fürstenfeldbruck wies einen deutlichen Rückgang der Aufträge seit 1929 aus. Über 100 Häuser und Gebäude weniger als 1930 wurden beispielsweise 1931 vor Ort errichtet. Erst im Verlaufe des Jahres 1932 veränderte sich der Trend, in diesem Jahr wurden 28 Gebäude mehr, davon in Fürstenfeldbruck selbst 21, als ein Jahr zuvor errichtet.

Vor diesem Hintergrund betrachtet wundert es deshalb nicht, dass die Hauptsorge der Gemeinderäte der Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten für beschäftigungslose Gemeindebürger galt – eine Feststellung, die gleichermaßen für die Zeit vor und nach der nationalsozialistischen Machtübernahme von 1933 in Fürstenfeldbruck zutrifft. Die unmittelbar im Anschluss an die Machtübernahme in der Brucker Kommunalpolitik auszumachenden Aktivitäten erinnern mitunter an hektischen Aktionismus, wenig Vertrauen in längerfristige Entwicklungen oder vor allem an das Fehlen eines stimmigen wirtschaftlichen Gesamtkonzepts – zeigen durchaus aber »sozialpolitische« Ansätze der »neuen Bewegung«. Die gemachten Vorschläge und Beschlüsse von Gemeinde- bzw. Stadtrat sowie die tatsächlich umgesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen waren zahlreich, in sich gelegentlich widersprüchlich, aber weitgehend konsequent im nationalsozialistischen Verständnis von Staat – Wirtschaft – Gesellschaft.

Einige Beispiele mögen dieses verdeutlichen: In der Ratssitzung vom 7. Juni 1933 wurde auf Initiative der NSDAP-Fraktion der Beschluss gefasst, dass »Gewerbetreibende, die aus irgend welchem Anlass in ihren Betrieben dauernd oder vorübergehend auswärtige Arbeiter oder Arbeiterinnen (ausgenommen Lehrlinge) beschäftigen, bei Vergabe laufender oder einmaliger Gemeindeaufträge nicht mehr zum Zuge kommen dürfen«. Bereits vier Wochen später, in der Sitzung vom 14. Juli, wurde der »Austritt« der BVP-Gemeinderatsmitglieder Uhl, Weiß, Wachter, Schwalber, Huber und Soter wegen der Auflösung der politischen Parteien bekannt gemacht, die beiden SPD-Ratsmitglieder Neumeier und Epp wurden wegen des reichsweiten SPD-Verbotess aus dem Rat »ausgeschlossen«, neu in den Gemeinderat eintraten die NS-Parteigenossen Josef Holterhoff, im Hauptberuf Kaufmann, und der Steuersekretär Josef Unger.

Auf Antrag der NSDAP wurde in der gleichen Sitzung ein-

stimmig und durchaus öffentlichkeitswirksam beschlossen, »dass in Zukunft die Mitglieder des Gemeinderates nach dem Grundsatz: »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« sich verpflichten, während ihrer Tätigkeit als Gemeinderatsmitglieder auf gemeindliche Aufträge und Lieferungen zu verzichten«. Gar als »oberstes Gesetz des Nationalsozialismus« bezeichnete Gottfried Feder,⁶ maßgeblicher Verfasser des frühen NSDAP-Wirtschaftsprogramms, den Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«.

Fürstenfeldbrucks NS-Ratsherr und Kunstmaler Wilhelm Donaubauer sprach in der Augusstsitzung 1933 »... das Zurückgehen und Ausbleiben der Paddler auf der Amper« an, und wies neue Wege, wie man die Paddler durch Fremdenwerbung und Verbesserung der Paddelgelegenheit von Stegen bis Bruck als Gäste für unseren Markt gewinnen könnte, [um damit die örtliche Wirtschaft zu beleben]. Er schlug vor und heantragte, den Nasenbach am Sonntag »schiffbar für die Paddler zu halten« – wegen der Realisierungschancen sollte Rücksprache mit dem Überlandwerk gehalten werden.

In die ähnliche Richtung, nämlich durch verstärkten privaten Konsum die wirtschaftliche Lage vor Ort zu verbessern, zielte das zu Beginn des Jahres 1934 bei der Gemeinde eingegangene Schreiben des »Bürgervereins zur Bewahrung des Berufsinteresses der Schausteller in München«, in welchem die Abhaltung eines Volksfestes im Jahr 1934 in Fürstenfeldbruck angeregt wurde. Der Verein führte aus, dass das Volksfest von ihm organisiert und durchgeführt werde, die Gemeinde hätte damit nichts zu tun, würde aber einen Pauschalbetrag nach näherer Vereinbarung ausgezahlt bekommen. Der Brucker Gemeinderat beschloss deshalb im Februar 1934 für Anfang Juli »nach längerer Pause« wieder ein Volksfest durchzuführen, das schließlich vom 8. bis 15. Juni auch stattfand.

Als »große Hauptaufgabe«, wie Fürstenfeldbrucks NS-Bürgermeister Schorer immer wieder betonte, galt den Nationalsozialisten in den Anfangsjahren, wie erwähnt, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, obwohl deren Zahlen, folgt man der Statistik, bereits im Sinken begriffen waren. Dabei setzten die eingeleiteten staatlichen Maßnahmen, im Reich ebenso wie in der Marktgemeinde Fürstenfeldbruck, im besonderen Maße auf die Vergabe von öffentlichen Aufträgen, um auf diesem Weg die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu steigern. In Fürstenfeldbruck können umfangreiche Maßnahmen im Straßen- und Flussregulierungsbau, dem Hochbau (zum Beispiel 1934 ein neues Rathausgebäude) sowie Siedlungsbau (zwischen 1933 und 1936 Kinderreichensiedlung, Kriegsopfer-, Fliegerhorstsiedlungen) festgestellt werden. Der zuvor erwähnte Beschluss zur Aufstellung von Vergabekriterien bei Gemeindeaufträgen für Unternehmen wurde bei diesen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen umgesetzt und soweit es irgendwie möglich erschien, örtliche Handwerksunternehmen in die Abwicklung der Baumaßnahmen einbezogen. Technisches Gerät wurde bei Straßen- und Flussbauten eher weniger eingesetzt, so dass die menschliche Arbeitskraft vermehrt gefragt war.

Zur Finanzierung der diversen Maßnahmen griffen die Rathausverantwortlichen in erster Linie auf die zahlreich bereitgestellten staatlichen Programme zurück, die reichsweit häufig über eigens für diesen Zweck gegründete Unternehmen weitestgehend wechselfinanziert wurden. So beantragte und erhielt Fürstenfeldbruck etwa Mittel aus dem »Sofortprogramm für Straßenbauten«, der »Oberbayerischen Heimstätte«, dem »neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm«, oder dem »Siebert-Wohnungsbauprogramm« usw. Mit einem Reichs-

zuschuss in Höhe von 88000 RM wurden noch 1933 die Kanalisierung des westlichen Teiles des Marktplatzes und der Ausbau von Aumühle und Stauwehr in Schöngesing begonnen. Die Finanzierung des 1934 beschlossenen neuen Rathausbaus erfolgte mit 230000 RM, die die Gemeinde 1929 der Deutschen Reichspost für den Neubau des Postgebäudes an der Bahnhofstraße im Erbbauvertrag geliehen hatte. Es bedurfte umfangreicher Verhandlungen, um den ursprünglich bis zum Jahr 1972 hingegebenen Kreditbetrag frei zu bekommen.⁷ In den Bezirk Fürstenfeldbruck flossen allein im Jahr 1933 für die eingeleiteten Baumaßnahmen staatliche Fördergelder von mehr als 600000 RM. Auch die zwischenzeitlich unter NS-Aufsicht arbeitende Fürstenfeldbrucker Sparkasse engagierte sich für Maßnahmen der örtlichen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auf dem Weg über den Einfamilienhausbau. Bis zum Jahresende 1935 wurden vom Geldinstitut rund 1,5 Mio. RM Hypothekendarlehen gewährt. Dadurch konnten 410 Anwesen neu- oder umgehaut werden. Arbeiten an der Amper zum Zwecke der Hochwasserfreilegung im Stauseebereich ließ man zwischen März und Dezember 1934 von rund 140 bisher Erwerbslosen vornehmen. Dabei wurden Hochwasserdämme und besondere Entwässerungsgräben hinter den Dämmen angelegt. Weitere 160 Personen fanden in Olching und Esting bei Amperuferarbeiten Beschäftigung.

Die NSDAP und ihre Gliederungen nutzten die Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit propagandistisch geschickt aus. Die Bayerische Zeitung veröffentlichte zwischen Oktober 1933 bis in die erste Jahreshälfte 1934 hinein immer wieder Beiträge, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, dass diese und jene Gemeinde innerhalb des Bezirks Fürstenfeldbruck jetzt »arbeitslosfrei« sei. In der Gemeinde Fürstenfeldbruck hingegen waren Ende November 1933 noch immer 842 Menschen als »arbeitslos« gemeldet, bei insgesamt 5996 Menschen, die zur gleichen Zeit im Ort wohnten. Am 1. Juni 1935 waren beim Fürstenfeldbrucker Arbeitsamt nur noch 370 Arbeitslose gemeldet. Den Arbeitsmarkt entlastend wirkte zudem 1935 die Beschäftigung von 350 aus Fürstenfeldbruck stammenden Personen beim Reichsautobahnbau. Andererseits meldete das Brucker Arbeitsamt gleichzeitig 100 unbesetzte Stellen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte.

Die Propaganda verband Erfolge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit anderen kommunalen Themen. Das für Fürstenfeldbruck 1935 und 1936 dominierende Thema »Städterhebung« wurde hierbei mit der weiterhin gültigen Zielsetzung »Abbau der Arbeitslosigkeit« in Verbindung gebracht. So las man am 30. August 1935 im Völkischen Beobachter einen mehrspaltigen Beitrag unter der Schlagzeile: »Die Entwicklung Fürstenfeldbrucks«: In dem Beitrag wurde insbesondere auf den innerörtlichen Straßenbau, die neu errichtete »Schorer-Siedlung« sowie die Einrichtung einer städtischen Bildergalerie im Sitzungssaal des alten Rathauses, das 1935 gerade einen neuen Außenputz erhielt, eingegangen und die Arbeit des NS-Bürgermeisters und der Partei in höchsten Tönen gelobt.

Im Bereich der Landwirtschaft, für Fürstenfeldbruck selbst, im Gegensatz zum Bezirk, nicht so bedeutsam, sollte nach nationalsozialistischer Vorstellung mit dem Begriff »Blut und Boden« die enge Verbundenheit der in einer »Blutgemeinschaft stehenden Geschlechter (gemeinsame Rasse, Sippe, Familie) mit dem von ihnen bebauten Boden« zum Ausdruck kommen. Auf diesem Weg suchten die Nationalsozialisten dem gleichermaßen wirtschafts- und sozialpolitisch brisan-

ten Problem der zunehmenden Überschuldung und Versteigerung von landwirtschaftlich genutzten Bauernhöfen zu begegnen. In Hitlers »Mein Kampf«⁸ heißt es u. a., daß »ein fester Stock kleiner und mittlerer Bauern noch zu allen Zeiten der beste Schutz gegen soziale Erkranken [war], wie wir sie heute besitzen ... viele unserer heutigen Leiden sind nur die Folge des ungesunden Verhältnisses zwischen Land- und Stadtvolk ... Industrie und Handel treten von ihrer ungesunden führenden Stellung zurück und gliedern sich in den allgemeinen Rahmen einer nationalen Bedarfs- und Ausgleichswirtschaft ein«. Im Wirtschaftsprogramm der NSDAP von 1924, verfasst von Gottfried Feder, wurde festgehalten, dass »... der Nationalsozialismus die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes als der Grundlage eines kraftvollen Volkstums und der Volksernährung mit allen Mitteln unterstützen und fördern [wird]«. Zudem wurde der Begriff der »Zinsknechtschaft in diesem Zusammenhang gebraucht, außerdem sah man die »Aufgabe der Volkswirtschaft in der Bedarfsdeckung und nicht in einer möglichst hohen Rentabilität für das Leihkapital«. Die »gesunde Mischung von Klein-, Mittel- und Großbetrieben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, also auch in der Landwirtschaft«, bleibt aufrechterhalten – so lautete die Zielsetzung in den 1920er Jahren, als Hitler noch nicht im Dialog mit der Großindustrie stand und ihre Unterstützung hatte.

Die Präambel zum Reichserbhofgesetz vom September 1933 legte fest: »Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquelle des deutschen Volkes erhalten ... die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.«¹⁰ Mit dem zum 1. Oktober 1933 in Kraft getretenen Reichserbhofgesetz sollte, mit den Worten von Reichsminister und Reichsbauernführer Walther Darré formuliert, dafür gesorgt werden, »dass die Scholle dem deutschen Volke sowohl Ernährer als auch der gesunde rassisch biologische Untergrund verbleibt, auf dem noch nach einem Jahrtausend deutsche Geschichte gemacht wird.«¹¹ Ein landwirtschaftlicher Erbhof war ohne weiteres, das heißt ohne Anmeldung und Eintragung in die Erbhofrolle mit Inkrafttreten des Gesetzes vorhanden, wenn bestimmte Voraussetzungen vorlagen: Land- oder forstwirtschaftliche Nutzung, Eigentümer selbst oder dessen Familie nutzen den Hof, Alleineigentum einer bauernfähigen Person, eine gewisse Mindestgröße, aber höchstens 125 ha Flächenumfang. Der Hof musste so groß sein, dass seine »Ackernahrung«, also die aus der Bewirtschaftung resultierenden landwirtschaftlichen Erträge, die Familie des Bauern unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage ernähren und bekleden sowie den Wirtschaftsablauf des Erbhofs erhalten konnte. Im Jahr 1939 bestanden in den Gemeinden des Landkreises immerhin 1083 Erbhöfe. Insgesamt wirtschafteten im gleichen Jahr in den Kommunen 3267 (1925: 3806 Höfe) land- und forstwirtschaftliche Betriebe, so dass jede dritte landwirtschaftliche Stelle die Kriterien eines Erbhofes erfüllte. In der Stadt gab es 139 Höfe, von denen aber lediglich zwei als Erbhöfe ausgewiesen waren.

Bereits seit den frühen 1920er Jahren fehlten nach Angaben des Fürstfeldbrucker Bezirksamtes vor Ort zwischen 1600 und 1800 landwirtschaftliche Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstboten. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 und den Folgejahren verschärfte den Arbeitskräftemangel im primären Sektor zusätzlich, andererseits verloren im sekundären und tertiären Sektor zahlreiche Menschen ihren Arbeitsplatz.

Deshalb veröffentlichte das Bezirksamt Fürstfeldbruck in seinem Amtsblatt vom August 1933 einen Aufruf des Bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert an alle Gemeindebehörden zur »Sicherung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft«, in dem es u. a. hieß: »... jeder einzelne Dienstherr und Unternehmer außerhalb der Landwirtschaft muß in dieser Zeit von der Einstellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte unter allen Umständen absehen. Höher als das eigene Interesse steht das Volksinteresse. Ein ganz besonders wichtiges Volksinteresse erblickt die Staatsregierung in der Beseitigung des Missverhältnisses der Arbeitsmarktlage zwischen Stadt und Land.«¹² Da der Aufruf offenbar nicht fruchtete, schob die Staatsregierung im Mai 1934 das »Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes« sowie im März 1935 die Anordnung zum Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften nach, in dessen ersten Paragraphen festgehalten wurde: »Die Vorsitzenden der Arbeitsämter können verlangen, dass Personen, die in der Zeit vom 1. Januar 1932 bis zum Inkrafttreten dieser Anordnung als landwirtschaftliche Arbeiter, ländliches Gesinde, Wanderarbeiter (Schnitter), Melker oder als Familienangehörige des Unternehmers in der Landwirtschaft wenigstens zwei Jahre tätig waren, aber in anderen als landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer (Arbeitgeber) ihres Betriebes entlassen werden ...«¹³

Unmittelbar nach der Machtübernahme im März 1933 widmeten sich die Nationalsozialisten in Bayern mit großem Propagandaaufwand der Frage, wie die Sicherung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft sowie der allgemeine Abbau der Massenarbeitslosigkeit in Gewerbe und Industrie hergestellt werden könnte. Obwohl sich im Bezirk Fürstfeldbruck zwischen 1925 und 1939 die Bedeutung des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft), gemessen an der Beschäftigtenzahl, von rund 48 % auf 34 % reduzierte, der sekundäre Bereich (Handwerk und Gewerbe) von 24 % auf 32 % anwuchs, und der Dienstleistungsbereich einschließlich der öffentlichen Dienste von 28 % auf 33 % an Bedeutung gewann, klagte die Landwirtschaft weiterhin über Arbeitskräftemangel. Für Fürstfeldbruck selbst sahen die Werte für die der Erwerbspersonen sogar noch überraschender aus (Stand Dezember 1937). Von der Gesamtbevölkerung mit 7233 Personen waren 49,3 % erwerbstätig (3566), davon 68,4 % Männer. Von diesen Erwerbspersonen waren 6,2 % in der Landwirtschaft, 27,5 % in Handwerk und Industrie, 18,3 % im Handel/Verkehr, 39,2 % in öffentlichen und privaten Dienstleistungen und 8,8 % in häuslichen Diensten beschäftigt.¹⁴ Mit dem Wert von etwa 40 % Dienstleistungen (einschließlich des öffentlichen Dienstes) stach Fürstfeldbruck im Vergleich zum bayerischen Durchschnittswert, der bei 7,3 % und des Reichswertes, der bei 8,4 % lag, deutlich hervor. In der Wohnstadt Fürstfeldbruck, die mit den vor Ort angesiedelten Ämtern, Behörden, der Polizeischule und dem Fliegerhorst, als administrativer Mittelpunkt eines noch sehr ländlich strukturierten Umlandes, bildeten die Beamten und Angestellten mit 38,6 % in der sozialen Gliederung die stärkste Gruppe, gefolgt von den Arbeitern mit 35,7 % und den Selbständigen mit 14,5 %.

Die von Hitler geführte Reichsregierung legte 1934 einen Vierjahresplan vor, mit dem u. a. das Streben nach wirtschaftlicher Autarkie und Aufrüstungsmaßnahmen vorgegeben wurden. Damit einher ging das Bestreben, die deutsche Zahlungsbilanz (genauer das Handelsbilanzdefizit) auszugleichen. Um diese Vorgabe erreichen zu können, wurde auf vielen Feldern untersucht, inwieweit die bisher mit dem Export ver-

dienten knappen Devisenbestände anstatt für Importe auszugeben, künftig durch die Produktion im eigenen Lande geschont und in der Folgezeit für militärisch notwendige Rohstoffe und Technik eingesetzt werden konnten. Aus diesem Anlass wurde u. a. in Olching eine »Musterrauperei«, das heißt eine Seidenraupenzucht, eingerichtet, damit Seide nicht mehr devisennotwendig im Ausland beschafft werden musste. Auch der Pfefferminzanbau in Eichenau erlebte zwischen 1933 und 1939 seinen Höhepunkt.

Antrag und Erhebung Fürstenfeldbrucks zur Stadt

Abgesehen vom Imagegewinn und einer größeren Akzeptanz, die sich die NSDAP mit der Stadterhebung bei der Fürstenfeldbrucker Bevölkerung versprach, kommt ein zweites Motiv der Aktion in einer von Bürgermeister Schorer anlässlich der Ratssitzung vom 30. Dezember 1935 vorgetragenen Rede zum Ausdruck. Darin führte er aus: »... neben der großen Hauptaufgabe der Arbeitsbeschaffung ... wird im kommenden Jahr eine Werbeaktion für Fürstenfeldbruck durchzuführen sein. So soll insbesondere die Stadterhebungsfeier, die im nächsten Jahr stattfindet, im Zeichen der Fremdenwerbung, d. h. der Ansiedelungswerbung stehen, wozu selbstverständlich die Mitarbeit der gesamten Einwohnerschaft notwendig ist. ... Notwendig ist zu dieser Werbeaktion, dass in unserer jungen Stadt ein städtischer Verkehrsverbund gegründet wird, dessen Aufgabe sein wird, in Verbindung mit der Stadtverwaltung für Ansiedlung wirtschaftlich Gesicherter die Werbetrommel zu rühren ...«¹⁵ Gleichzeitig appellierte der Bürgermeister an die Bewohner des Adolf-Hitler-Platzes (Marktplatz), zur Stadterhebungsfeier ihre Häuser einer gründlichen Instandsetzung zu unterziehen und die Fassaden ihrer Häuser mit einem Neuanstrich zu versehen, »wobei mit lebhaften Farben nicht gespart werden soll«. Gemessen am Zuwachs der Einwohnerzahl in 1933 (5996 Personen) auf 1939 (8798), was einer Steigerung von 46,7 % entsprach, kann durchaus von einem Erfolg dieser Bestrebungen gesprochen werden.

In der gleichen Sitzung äußerte Schorer einen weiteren »Wunsch, den ich heute ganz besonders an unsere Gastwirte richten möchte ... dass sie doch bestimmt im kommenden Jahr den sanitären und Ausstattungsverhältnissen ihrer Lokale ein besonderes Augenmerk zuwenden sollen ... kein Luxus, sondern Ausführung in einfacher, gut bürgerlicher Art«. Um dieses Rathausanliegen zu untermauern beschloss der Fürstenfeldbrucker Stadtrat am 17. 2. 1936, der örtlichen Sparkasse 2,5 % Zinsen für Kredite, die in den Jahren 1935, 1936 und 1937 von Gaststätteninhabern zur besseren Ausstattung ihrer Lokale und der sanitären Verhältnisse aufgenommen werden konnten, zu vergüten, also nichts anderes als ein kommunales Zinsverbilligungsprogramm. Obwohl die ein Jahr später von einem »Direktor Lambert angeregte Errichtung einer Wasser-Kuranstalt in Fürstenfeldbruck« thematisch in die von Schorer verfolgte Politik der Attraktivmachung Fürstenfeldbrucks gepasst hätte, lehnte der Stadtrat im September 1936 »aus grundsätzlichen Erwägungen« das Ansuchen jedoch ab.¹⁶

Bevor am 12. 11. 1935 die Stadterhebungsurkunde von dem im Anzug gekleideten Bezirksamtman Dr. Sepp an Bürgermeister Schorer ausgehändigt wurde, der in NS-Parteiuniform und Hakenkreuzbinde am linken Arm auftrat, nutzte der Bezirksamtsleiter die Gelegenheit zu einer Ansprache, in deren Verlauf er auf einige wichtige wirtschaftliche Strukturen der Stadt aufmerksam machte.¹⁷ Er verwies auf das »Überlandwerk, das auch zur finanziellen Kraftquelle der Gemeinde

geworden ist ... und die beiden nie versiegenden und versagenden Finanztrabanten, der Leiter des Überlandwerkes und der Sparkasse«. Ganz besonders interessant sind die beiden folgenden Hinweise des Amtsleiters, dass »... nicht Industrie, sondern das Siedlungshaus in allen seinen Formen vom Kleinsiedlungshaus bis zum Landhaus die Zukunft unserer Stadt [bedeuten] ...«, »... mit voller Absicht will und soll Fürstenfeldbruck eine Land- und Gartenstadt bleiben ...« Tatsächlich bestanden in Fürstenfeldbruck 1938 417 Gewerbebetriebe (unter sechs Beschäftigte), die durchschnittlich 4,76 Mitarbeiter beschäftigten (entspricht 1985 Beschäftigten), 182 Handwerksbetriebe mit durchschnittlich 4,12 Mitarbeitern (entspricht 750 Beschäftigten), 62 Einzelhandelsbetriebe mit durchschnittlich 2,6 Mitarbeitern (entspricht 161 Beschäftigten) sowie 84 Gewerbebetriebe mit mehr als sechs Beschäftigten, die durchschnittlich 14,92 Mitarbeiter angestellt hatten (entspricht 1253 Beschäftigte) sowie 139 landwirtschaftliche Höfe mit 192 Beschäftigten.¹⁸

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob das gleichermaßen von Bürgermeister und Bezirksamtsleiter beschworene Ziel der idyllischen »Land- und Gartenstadt Fürstenfeldbruck«, das nahe gelegene Eichenau warb gleichfalls um Neusiedler als »Gartenstadt«, dem ursprünglichen nationalsozialistischen Ideal der »Bedarfs- und Ausgleichswirtschaft« entsprach und deshalb eine Veränderung der örtlichen Wirtschaftsstruktur hin zu gewerblicher und industrieller Fertigung aus ideologischen Gründen abgelehnt wurde. Bei Bezirksamtsleiter Dr. Sepp muss man aufgrund verschiedener anderer Äußerungen und Veröffentlichungen davon ausgehen, dass er als Wertkonservativer und in der Tradition der Bayerischen Volkspartei (BVP) stehender Beamter sehr naturverbunden war und der industriellen Wirtschaftsweise kritisch gegenüberstand.

Die Feierlichkeiten zur Stadterhebung begannen in Fürstenfeldbruck am 4. Juli 1936 (einem Samstag) mit einer Totenehrung vor dem Rathaus und einem großen Lichterfest, bei dem der Marktplatz von der Leonhardikirche bis zum Rathaus mit Tausenden von Glühbirnen und Girlanden sowie Lichterketten und Pylonen erleuchtet wurde. Quer zur Amperbrücke waren ein Reichsadler und das Hakenkreuz angebracht. Am Sonntagnachmittag, bei strahlend blauem Himmel und Sonnenschein mit heißen Temperaturen, wurde ein historischer Festumzug durch Fürstenfeldbrucks Innenstadt mit der Darbietung von 25 Themen, die in aufwändigen Inszenierungen auf Wagen und von Fußgruppen dargestellt wurden, geboten. Am Abend wurde auf dem Volksfestplatz ein großes Feuerwerk mit der Darstellung der Jahreszahlen und des neuen Stadtwappens, das Fürstenfeldbruck seit 4. Juli 1936 verwendete, abgebrannt. Mit der Stadterhebungsfeier verbunden war das traditionelle Volksfest, in dessen Rahmen an den folgenden Tagen im Festzelt weitere Veranstaltungen abgehalten wurden, etwa ein »fröhlicher Festabend der Stadt«, ein »Kindertag«, der »Große Bauerntag«, und schließlich der »Brucker KdF-Abend« usw.

Wie bereits 1933 das Medium »Rundfunk und Radio« von den Nationalsozialisten in Fürstenfeldbruck öffentlichkeitswirksam genutzt wurde, kam die »Elektrizität« bei den Propagandamaßnahmen und Feiern zur Stadterhebung zum Einsatz. Als gelte es den Modernisierungsanspruch der NSDAP unter Beweis stellen zu müssen, liest sich ein Eintrag vom Dezember 1935 im Beschlussbuch des Stadtrates, wonach Bürgermeister Schorer bei der Reichspostdirektion Augsburg die »Automotierung des Fernsprechtbetriebes« (gemeint war die Umstellung auf den modernen Selbstwählverkehr) beantragt hatte.¹⁹ Sechs Wochen zuvor, am 14. Mai 1936, war in

Fürstenfeldbruck und dem gesamten Bezirk zwischen 20 und 23.30 Uhr eine erste Verdunkelungsübung angeordnet worden, bei der die Straßenbeleuchtung und jede weitere Außenbeleuchtung abgeschaltet wurde. Fenster, Türen und sonstige Öffnungen mussten zu diesem Zwecke abgeblendet werden.

Die Zeit zwischen 1935 und 1939

Da die nationalsozialistische Wirtschafts- und Finanzpolitik die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und den Aufbau der Wehrmacht fast ausschließlich über Kreditfinanzierungen und die Notenpresse finanzierte, stieg das Geldvolumen stärker an als das Sozialprodukt, das real zwischen 1933 und 1938 um über 50 % wuchs. Um das Ausbrechen der dadurch unvermeidlichen offenen Inflation zu verhindern, ordnete 1936 die Reichsregierung einen allgemeinen Preisstopp an, 1938 folgte ein Lohnstopp. Wenig Auswirkungen in Fürstenfeldbruck hatte die bereits 1931 eingeführte Devisenbewirtschaftung, die seit 1934 mehrfach verschärft wurde. Bereits im Jahr 1933 war die Gewerhefreiheit durch das »Gesetz zum Schutz des Einzelhandels« beseitigt worden. Einige Tage vor Kriegsbeginn, am 27. August 1939, wurden genaue Bewirtschaftungsanweisungen für den Warenverkehr zwischen Einzelhändler und Verbraucher durch die Regierung mitgeteilt. Die infolge der Verordnung eingeführte Bezugsscheinpflicht für die meisten Waren des täglichen Bedarfs bedingte eine umfangreiche Verteilungsorganisation, die tatsächlich bis Kriegsende gut funktionierte. Beim Landratsamt Fürstenfeldbruck wurde deshalb das »Wirtschaftsamt« eingerichtet, bei der Kreishauernschaft das »Ernährungsamt«. Lenkung und Erfassung der landwirtschaftlichen Produktion übernahm die Abteilung A des Ernährungsamtes, die Verteilung der Lebensmittel über den Einzelhandel an die Verbraucher lenkte die Abteilung B.

Mehr schlecht als recht versuchten die staatlichen und parteiamtlichen Stellen Fürstenfeldbrucks im weiteren Verlauf der 1930er Jahre dem Arbeitskräfteproblem in der Landwirtschaft Herr zu werden. Erntehilfeinsätze von freiwilligen NS-Mitgliedern, Schulkindern, Hitlerjugend, BDM, weiblichem Arbeitsdienst, Soldaten des Fliegerhorstes usw. wurden wiederholt organisiert – konnten das Problem jedoch nur unwesentlich lösen. Immer wieder klagte Landrat Dr. Sepp, dass »... die größte Schwierigkeit in der Landwirtschaft nach wie vor in dem Mangel an Arbeitskräften liegt ...«. Im Geschäftsbericht von 1937 der örtlichen Sparkasse wurde darauf hingewiesen, »dass Fürstenfeldbruck nunmehr Garnisonsstadt der Wehrmacht geworden war, was sich in der Steigerung des Geschäftslebens stark bemerkbar macht«. Das Bauhandwerk und die damit verbundenen Berufe waren hauptsächlich durch die Wehrmachtsbauten das ganze Jahr über voll beschäftigt, so dass mitunter Arbeitskräftemangel herrschte. Die Bauarbeiten des neuen Fliegerhorstes wurden in den Jahren 1936 und 1937 ebenso finanziell weitgehend über die Fürstenfeldbrucker Sparkasse abgewickelt wie der weitere Betrieb bis 1945.²⁰

Die Einrichtung eines Flugplatzes für die neu geschaffene Deutsche Luftwaffe auf dem Gelände zwischen Fürstenfeldbruck und Maisach spiegelt sich in den Beschlussbüchern des Stadtrates nicht wider. Seit Jahresbeginn 1934 versuchte, anfangs nur mit mäßigem Erfolg, eine Berliner Aktiengesellschaft südlich der Bahnlinie München–Augsburg bei Maisach und Gernlinden Grundstücke zum Zwecke der Einrichtung eines Segelflugplatzes anzupachten oder zu erwerben. Am 21. März 1934 kamen im Maisacher Bräuhaus Vertreter der Deutschen Luftverkehrs- und Handels-AG (Delhag) und

Maisacher Grundeigentümer zusammen, um über die Vorstellungen der Delhag zur Errichtung eines »Notlandeplatzes« zu sprechen. Anfang November wurden Mietverträge auf die Dauer von zehn Jahren für die Grundstücke geschlossen. Im März 1935 gaben Hitler und Göring ihr Versteckspiel auf und stellten die Pläne zum Aufbau der Luftwaffe als Truppenteil der Wehrmacht und die Gründung von Luftkriegsschulen vor. Am 23. und 24. Juni 1936 und nochmals im Juni 1941 wurden die Grundstücksübergabungen notariell verbrieft, bereits im Januar war das Gelände eingezäunt worden, der Spatenstich für die Hochbauten erfolgte im März 1936. Bereits im Oktober konnte das Richtfest gefeiert werden, im April 1937 zogen die ersten Soldaten in die Garnison ein.

Die Kriegsjahre 1939 bis 1945

Der im September 1939 beginnende Zweite Weltkrieg mit Einberufungen und Mobilmachung verschärfte das Problem der fehlenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte erneut, bis im Mai 1940 Landrat Dr. Sepp feststellen konnte: »Der Landkreis hat die Zuteilung von 2000 polnischen Arbeitern beantragt, aber bisher wurden nur 264 zugeteilt.« Und im Juni des gleichen Jahres wusste er zu berichten, dass er »als eine große Erleichterung zur Behebung des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften die Möglichkeit empfunden wird, jetzt Kriegsgefangene in großer Zahl zu erhalten. Bereits über die Hälfte der Gemeinden hat davon Gebrauch gemacht. Das Eintreffen der Gefangenen wird täglich erwartet«.

Am 4. September 1939 wurde die Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) im Reichsgesetzblatt verkündet. Präambel und Paragraph 1 erklärten das Horten von Bargeld zur volkschädlichen Straftat.²¹ In Paragraph 22 wurde eine nicht näher bestimmte Abführung der Unternehmensgewinne genannt und ein Kriegszuschlag von 50 Prozent auf die Lohn- und Einkommensteuer über einem Jahreseinkommen von 2400 RM, den 1943 70 Prozent der deutschen Einkommensbezieher nicht erreichten, eingeführt. Lediglich vier Prozent aller Einkommensteuerepflichtigen mussten den Kriegszuschlag von 50 Prozent entrichten. Durch die in vier Schritten zwischen August 1936 und Juli 1939 von 20 auf 40 % verdoppelte Körperschaftssteuer, die 1920 eingeführt worden war, sollten diejenigen Kapitalgesellschaften finanziell belastet werden, die am Rüstungsboom verdienten. Mit der KWVO sollte die Last des Krieges möglichst gerecht verteilt und die Kaufkraft beschränkt werden – auf diese Art und Weise des Kriegssozialismus zielten die Nationalsozialisten auf die Loyalität der kleinen Leute.²² Kurzfristig wurden die Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit gestrichen, am 15. November wurden Zuschläge für die über zehn Stunden hinaus geleistete Tagesarbeit sowie Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit jedoch wieder eingeführt. Auf Vorschlag von Rüstungsminister Fritz Todt wurde vom Dezember 1940, nach dem militärischen Sieg über Frankreich, an jegliches Einkommen, das aus den Zuschlägen für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit herrührte, von Steuern und Sozialabgaben befreit.²³ Die Erhöhung der Tabaksteuer um 20 % sowie der Bier-, Branntwein- und Schaumweinsteuer erfolgte gleichfalls Anfang September 1939. Mit der Rentenreform von 1941 wurden die Renten, insbesondere der Kleinrentner spürbar erhöht und die Krankenversicherungspflicht eingeführt.

Mit Kriegsbeginn 1939 traten Beschränkungen am öffentlichen und privaten Baumarkt in Kraft, Kreditinstituten wurde die Gewährung von Hypothekenkrediten weitgehend untersagt. Da aufgrund von Beschränkungen und Kriegswirtschaft

den Banken, so auch der Brucker Sparkasse oder der Volksbank/Raiffeisenbank, die Möglichkeit fehlte, den Geldzufluss in der bisherigen Weise zur Kreditvergabe und Förderung von örtlichen Bau- und Arbeitsheschaffungsmaßnahmen einzusetzen, floss die überschüssige Liquidität in der Hauptsache in Reichsanleihen und Reichsschatzwechsel sowie in »Festgeld- und Darlehensanlagen bei der Bayerischen Gemeindebank in München, um für die Nachkriegsaufgaben gerüstet zu sein.«²⁴ Während die Brucker Sparkasse in 1933 6147 Konten führte, sprang diese Zahl bis 1945 auf 21 328 empor. Die Gesamteinlagen stiegen von 1933 mit rund 2,9 Mio. RM auf 40,5 Mio. RM in 1945 an. Rund 75 % dieses Kundeneinlagenbestandes waren in staatlichen Anleihen und Festgeldern festgelegt worden. Die Bilanzsumme verdreizehnfachte sich von 3,3 Mio. in 1933 auf rund 41 Mio. in 1945. Wie Götz Aly in seiner Studie herausstellte, war es aus Sicht des Reichsfinanzministers Schwerin von Krosigk das Beste, wenn die deutschen Soldaten im Ausland einen Teil des Kaufkraftüberhangs aus dem Inland in fremde Währung umtauschten, um dort für sich und die Angehörigen in der Heimat Waren zu kaufen – »daraus zog die NS-Regierung einen Gewinn an durchschnittlicher Zufriedenheit der Reichsbürger«.²⁵

Im Verlaufe des Krieges lassen sich allein für die Stadt Fürstenfeldbruck rund 425 Fremd- und Zwangsarbeiter sowie etwa 240 Kriegsgefangene mit deren Arbeitgebern nachweisen. Im gesamten Landkreisgebiet wurden zwischen 1939 und 1945 rund 6000 ausländische Arbeitskräfte und 2300 Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz herangezogen, die sich nur in kleinerer Zahl in ihren Heimatländern oder Gefangenenlagern freiwillig zum Arbeitseinsatz im Deutschen Reich hatten anwerben lassen. Überwiegend wurden sie zur Arbeit gezwungen und verließen deshalb ihre Heimatländer unter Zwang und nicht freiwillig. Auch Fürstenfeldbruck profitierte in erheblichem Umfang vom Einsatz solcher Arbeitskräfte. In den städtischen »Kriegshaushalten« 1940–1945 finden sich Ansätze im Umfang von 12 000 bis 60 000 RM für die an das Kriegsgefangenen-Stalag Moosburg zu entrichtenden Löhne für den Arbeitseinsatz der bei der Stadt eingesetzten Gefangenen. Als im Juni 1940 die Hochwasserkatastrophe im Stadtbereich und entlang der Amper erhebliche Schäden verursacht hatte und städtische Arbeiter, u. a. aufgrund von Einberufungen, die Ausbesserungsarbeiten nicht übernehmen konnten, forderte der Bürgermeister im Stalag Moosburg 20 Kriegsgefangene an, die im September in Fürstenfeldbruck eintrafen und für Uferschutz-, Asphalt-, Straßenbauarbeiten, Kanalreinigung, Anlageninstandsetzung und die Kiesgewinnung eingesetzt wurden.²⁶ Untergebracht und als »Lager« für die Gefangenen genutzt wurde das ehemalige »Fischer Haus«.

Das Herausstellen der Gemeinsamkeit von Bürgermeister, Stadtrat und Bezirksamtsleiter in der Frage, welcher wirtschaftliche Stellenwert Fürstenfeldbruck zugewiesen wurde, »Garten- und Landstadt, nicht Industriestadt«, sollte mitten im Krieg Relevanz bekommen. Am 21. Februar 1941 erreichte das Brucker Rathaus ein Schreiben der Landesdienststelle Bayern des Deutschen Gemeindetages, in welchem mitgeteilt wurde, dass die Bezirksplanungsbehörde beim Regierungspräsidenten in München sich an den Gemeindegtag mit folgendem Anliegen gewandt hatte: »Nach Abschluß des Krieges ist zu erwarten, dass in Oberbayern eine verstärkte Ansiedlung und teilweise auch Neuansiedlung von Industriebetrieben erfolgen wird. Vor allem sind es Betriebe, die im Zuge der Umbaumaßnahmen der Hauptstadt der Bewegung ihr Werk verlegen müssen und einen neuen Standort in der näheren oder weiteren Umgebung von München suchen. Andere

Unternehmen wollen ihre Betriebe aus Gründen des Arbeitseinsatzes ganz oder teilweise in kleinere Stadt- oder Landgemeinden verlegen. Diese Tendenz zeigt sich insbesondere bei der Textilindustrie, die außerhalb Münchens günstigere Verhältnisse für die Deckung ihres Bedarfs an weiblichen Arbeitskräften anzutreffen glaubt. Ferner wird der Ausbau der oberbayerischen Wasserkräfte günstige Standortbedingungen für eine Reihe von Betrieben schaffen, die bisher auf Braunkohlenbasis in Mitteldeutschland ansässig ist. Es wird sich hierbei vor allem um Betriebe der chemischen Großindustrie handeln.« Die Stadt Fürstenfeldbruck wurde gebeten, zu dem Thema Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob für die Ansiedlung eines solchen Betriebes Interesse hestünde. Am 4. März 1941 kam es im Stadtrat zu einer langen Diskussion und Abwägung über das Für und Wider des Anliegens, das, obwohl im Anschreiben nicht formuliert, in erster Linie wohl militärtaktisch motiviert war, um rüstungsrelevante Betriebe durch Verlagerung in die ländliche Idylle besser vor Luftangriffen zu schützen. Bürgermeister und Rat erkannten, dass »der Angelegenheit grundsätzliche Bedeutung zukommt, da die Stellungnahme zu diesen Fragen auf die zukünftige Entwicklung der Stadt Fürstenfeldbruck entscheidenden Einfluß gewinnen kann«. Die Diskussion wurde im Beschlussbuch folgendermaßen zusammengefasst: »Fürstenfeldbruck trägt eindeutig den Charakter einer reinen Wohnstadt. Sie hat bis heute so gut wie keinerlei Industrie. Nicht zuletzt war dies der Grund für ihre steigende Beliebtheit als solche. Diese Linie als die für Fürstenfeldbruck naturgegebene soll auch für die Zukunft beibehalten werden, da jede andere, den Charakter der Stadt zuwider läuft und ihre fernere Entwicklung ungünstig beeinflussen kann. Grundsätzlich wird daher die Ansiedlung jeder chemischen Industrie abgelehnt. Dagegen wird für die Ansiedlung von Klein-Industrien kein grundsätzlich ablehnender Standpunkt eingenommen. Diese Frage wäre von Fall zu Fall einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Als Gelände könnte nur das östlich von Fürstenfeldbruck gelegene Gebiet zwischen Bahnlinie und Amper, das an den Gemeindebezirk Emmering angrenzt, in Betracht kommen. Da die Eingemeindung von Emmering in die Stadt Fürstenfeldbruck in absehbarer Zeit erfolgen wird, ist es notwendig, in dieser Frage die Verbindung mit der Gemeinde Emmering aufzunehmen.«²⁷

Tatsächlich wurden im Verlaufe des Krieges diverse Unternehmen in den Landkreis und die Stadt Fürstenfeldbruck verlagert, wie aus den überlieferten Akten zum Fremdarbeitereinsatz sowie den amerikanischen Militärregierungsunterlagen Schlussgefolgert werden kann. Das städtische Beschlussbuch hilft nur bis zum 7. Mai 1943 weiter, danach fehlen weitere Aufzeichnungen. Mit großer Wahrscheinlichkeit fanden in den folgenden Monaten überhaupt keine Ratsitzungen mehr statt, stattdessen entschieden Bürgermeister, NSDAP-Kreisleiter Emmer und Ortsgruppenleiter Böck allein.

Als im März 1941 die Wirtschaftskammer Bayern, Abteilung Ambulantes Gewerbe, bei der Stadt den Antrag stellte, wieder ein Volksfest durchzuführen, beschloss der Stadtrat wegen des nicht zu lösenden Verdunkelungsproblems und der mangelhaften Lebensmittelversorgung in diesem, ebenso wie schon im Jahr 1940, auch in den Folgejahren, kein Volksfest abzuhalten. Stattdessen standen, wie Stadtoberhaupt Schorer betonte, in 1940 und 1941 Luftschutzmaßnahmen im Mittelpunkt des städtischen Handelns. Die Erstellung von sieben öffentlichen Sammelschutzräumen für 2000 Personen, die Errichtung einer Befehlsstelle für die örtliche Luftschutzlei-

tung sowie Schutzräume im Krankenhaus und in den Schulen mussten finanziert und organisiert werden.²⁸ Als nach dem Krieg Bürgermeister Wachter verspätet den städtischen Haushalt für das Jahr 1945 vorlegte, errechnete er die städtischen kriegsbedingten Aufwendungen der späten Kriegsjahre für Luftschutzmaßnahmen, Kriegsgefangenenentlohnung und dergleichen auf 10 bis 20 % der jährlichen Ausgaben.

Die amerikanische Besatzungszeit

Die Militärregierung, Abteilung Fürstenfeldbruck, wurde bereits am 30. April 1945, dem Tag des Einmarsches der amerikanischen Truppen im Landkreis Fürstenfeldbruck und dessen Gemeinden eingerichtet. Die bis August 1949 vorliegenden Berichte zeigen, dass die Aktivitäten der im Fürstenfeldbrucker Rathaus untergebrachten Militärregierung sich in drei Phasen einteilen lassen.

In den ersten Monaten kümmerte man sich insbesondere um die Versorgung, Unterbringung und, soweit möglich, die Integration der in Landkreis und Stadt befindlichen DP's (displaced persons). Erst mit zweiter Priorität wurden in diesen Monaten die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, erste Neuansätze zur Bildung demokratisch organisierter politischer Parteien sowie Umerziehungsmaßnahmen insbesondere für die Jugend organisiert. Das von der Militärverwaltung übernommene und aufrechterhaltene Zwangsbewirtschaftungssystem trug dazu bei, dass es nicht zur Hungerkatastrophe kam. Der Werteverlust der weiterhin gültigen Reichsmarkwährung und die Ausbildung von Schwarzmärkten waren äußere Kennzeichen der zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die eingeleiteten Beschäftigungsmaßnahmen waren auch deshalb wichtig, weil immerhin 29 % der männlichen und 57% der weiblichen Bevölkerung des Landkreises im Alter zwischen 18 und 25 Jahren im Jahr 1946 als arbeitslos gemeldet waren. Die aufgrund einer Anweisung der Militärregierung im ersten Halbjahr 1946 vorgenommene Registrierung aller Arbeitsfähigen im Landkreis erbrachte zum Juni 1946 rund 25000 Personen, wovon aber nur gut ein Drittel in einem festen Arbeitsverhältnis stand. Von den Beschäftigten waren immerhin 44 % bei den Besatzungstruppen und im Fliegerhorst tätig, 35 % in Handel und Industrie sowie rund 21 % in der Landwirtschaft. Aufgrund Energiemangel wurde seit November 1945 sowie im ersten Quartal 1946 täglich der Strom vier Stunden abgeschaltet. Zu Beginn des vierten Quartals 1948 waren im Kreis nur noch 1200 Personen als arbeitslos und 4700 als unterstützungsberechtigt gemeldet.

Mit dem Eintreffen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge lag das Hauptaugenmerk der Militärbehörde in der Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und der Gesundheitsfürsorge. Auch deshalb wurde der katholische Stadtpfarrer von Fürstenfeldbruck, Dr. Martin Mayr, mit der Leitung der Kreisausgabestelle für Carepakete beauftragt, die Mitte November 1948 bereits mehr als 2500 dieser aus Amerika geschickten und finanzierten Lebensmittelhilfspakete an die deutsche Bevölkerung verteilt hatte. Die sich bessernde Versorgungslage zeigte sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass am 8. September 1949 erstmalig wieder der früher allmonatlich durchgeführte Großviehmarkt in Fürstenfeldbruck abgehalten werden konnte. In der Schlussphase amerikanischer Administration in Fürstenfeldbruck schließlich sind zahlreiche gemeinsame kulturelle und sportliche Aktivitäten für Jugendliche und Erwachsene auszumachen.

Zur Aufarbeitung der im Rahmen nationalsozialistischer

Wirtschaftspolitik entstandenen Unrechtshandlungen wurde von der US-Verwaltung im Juni 1946 angeordnet, beim Landratsamt ein »Amt für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung« einzurichten, das 68 Landkreisunternehmen unter Kontrolle nahm und die Weiterführung von 15 Unternehmen aufgrund von Spruchkammerurteilen verbot.²⁹ Bei der Sparkasse wurden im Zusammenhang mit NS-Untaten 2342 Konten mit rund 22 % der Gesamteinlagen gesperrt. Das gleichfalls im Landratsamt weiter bestehende »Food and Agriculture Office« (Wirtschaftsamt) war neben den Gemeinden und dem Landkreis Fürstenfeldbruck auch für die Lebensmittelversorgung und die Landwirtschaft in den Kreisen Dachau und Starnberg zuständig. Neu geschaffen wurde im Herbst 1945 das Amt eines Kreisbeauftragten für das Wohnungs- und Flüchtlingswesen

Die in den Landkreis und die Stadt Fürstenfeldbruck verteilten Vertriebenen und Flüchtlinge stammten zum größten Teil aus Schlesien und dem Sudetenland, es kamen aber auch Menschen aus dem Baltikum, Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien. Als von der bayerischen Staatsregierung 1970 Bilanz gezogen wurde, stellte man im Landkreis 116750 Bewohner fest, von denen 27,45 % (32040) Vertriebene und Flüchtlinge waren. Die Bevölkerungszahl des im Krieg weitgehend unzerstörten Landkreises betrug Ende 1946 rund 64500 Personen, 1950 68336 Bewohner, 16699 davon (24,4 %) Vertriebene. Die Wohnbevölkerung der Stadt Fürstenfeldbruck lag im September 1950 bei 11620 Personen, davon waren 2035 Heimatvertriebene, für diese Bevölkerung gab es in Bruck 1510 Wohngebäude und 2400 Wohnungen. Die Schwerpunkte der beruflichen Qualifikation lagen bei Bauern und Gärtnern und Bauberufen – eher gering war der Anteil im Bereich von Textilherstellung, Nahrungsmittel und Holzverarbeitenden Berufen. Erwerbslos waren insbesondere Menschen mit kaufmännischer Qualifikation, sowie aus dem Erziehungsbereich.

Die Nachkriegssituation mit Beginn der Bundesrepublik

Mit Wirkung vom 21. Juni 1948 löste die Deutsche Mark (DM) die Reichsmark ab. Für Privatpersonen wurden »Kopfgelder« in Höhe von 40 DM als Startkapital ausgegeben, der Rest von 20 DM folgte zwei Monate später. Die Altgeldguthaben in RM wurden im Verhältnis von 10:1 bzw. 0,65 auf die neue DM umgetauscht, Sachwerte und Aktien im Verhältnis 1:1. Die Reichsmarkverbindlichkeiten des Deutschen Reiches und der NSDAP und deren Organisationen wurden ersatzlos gestrichen – wer sein Geld also in Reichsanleihen angelegt hatte, sah davon keinen Pfennig mehr. Für die Fürstenfeldbrucker Sparkasse und deren Kunden bedeutete die Währungsreform, dass die ursprünglichen Einlagen in Höhe von knapp 52 Mio. RM in 1948 schließlich nur noch 2,3 Mio. DM, das heißt 4,5 % des früheren Bestandes, betrugen. Im Geschäftsbericht von 1948 wurde deshalb mit Bitterkeit vermerkt: »Gerade unsere Einleger wurden von dieser Maßnahme am härtesten betroffen, da sich unser Kundenstamm durchweg aus Kleinsparern zusammensetzt.«³⁰ Das Soforthilfegesetz vom 8. 8. 1949 brachte für die Heimatvertriebenen und Kriegssachgeschädigten Hilfe durch die Gewährung von Unterhaltshilfen und Hausratanschaffungen. Durch das Lastenausgleichsgesetz vom 14. 8. 1953 setzte eine weitere Phase der Unterstützung ein, wozu im Landratsamt das bis zum Ende der 1980er Jahre bestehende »Staatliche Ausgleichsamt Fürstenfeldbruck« eingerichtet werden musste. Aufgabe dieser Institution war es, die Schäden der rund 21000 in Fürstenfeldbruck ansässigen Vertriebenen zu ermit-

keln und Wohnungsbaukredite sowie Darlehen an gewerbliche Betriebe zu gewähren. Aufgrund solcher Kreditvergabe konnten in der Stadt Fürstenfeldbruck eine Gardinenweberei und ein Vulkanisierbetrieb angesiedelt werden. Rund 600 Mietwohnungen wurden in der Kreisstadt und anderswo bis 1962 für Heimatvertriebene errichtet. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt veränderte sich durch den Flüchtlingsstrom nicht wesentlich, nicht zuletzt, da die Flüchtlingstransporte nach Fürstenfeldbruck regelmäßig aus Familien mit alten Menschen und sehr kleinen Kindern und nur etwa 15% Personen im arbeitsfähigen Alter bestanden. So ist es nicht verwunderlich, dass in einer Aufstellung der amerikanischen Militärverwaltung über die 15 größten Industriebetriebe des Landkreises, erstellt am 18. November 1948, nur zwei Flüchtlingsunternehmen genannt sind.³¹ Für die Stadt Fürstenfeldbruck wurde in der Liste genannt die Firma Gebrüder Bramshuber (Wachs, Kerzen mit 30 Angestellten), A. Kohl (Textilwaren mit 60 Heimarbeitern), Fischer und Stranski (sudetendeutsches Unternehmen für Knöpfe und Glasornamente mit 75 Heimarbeitsplätzen), H. Haury (Zweigstelle einer chemischen Fabrik aus München, 30 Arbeitsplätze) und Hans Loder (Landmaschinenbau, 35 Angestellte). Heute haben 37 063 Menschen in den Landkreisgemeinden eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit (davon 10 607 in der Stadt Fürstenfeldbruck) gefunden. Die Landwirtschaft hat darin einen Anteil von 1,25 % (in der Stadt 0,5%), der sekundäre Sektor mit 29,6 % (Stadt 26,8 %) und die Dienstleistungen des tertiären Sektors mit 69,1 % (Stadt 72,7 %).³²

Anmerkungen:

- ¹ Doris Weber und Wolfgang Richter, Die kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns in der amtlichen Statistik 58, Regierungsbezirk Oberbayern, Landkreis Fürstenfeldbruck, Beilage zu »Bayern in der Statistik« 21 (1967), hrsg. vom Statistischen Landesamt Bayern
- ² Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 113 (1925) und 132 (1939).
- ³ Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005, S. 353.
- ⁴ Stadtarchiv Fürstenfeldbruck (StadtA FFB), Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5/1.4., Stadtrat Band 1.5 (1935–38), Band 1.6. (1939 bis 1943).
- ⁵ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.4 (1930–45), Sitzung vom 29. 12. 1935.
- ⁶ Gottfried Feder, Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage.

Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft (Nationalsozialistische Bibliothek 35), München ³1932, S. 13.

- ⁷ Klaus Wollenberg, Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992), in: Hejo Busley, Toni Drexler, Carl A. Hoffmann, Paul-E. Salzmann und Klaus Wollenberg (Hrsg.), Der Landkreis Fürstenfeldbruck, Fürstenfeldbruck 1992, S. 244.
- ⁸ Adolf Hitler, Mein Kampf, München ⁴⁷1939, S. 151f.
- ⁹ Feder, Staat, S. 42, 59.
- ¹⁰ Wilhelm Saure, Das Reichserbhofgesetz. Ein Leitfadens zum Reichserbhofgesetz nebst dem Wortlaut des Reichserbhofgesetzes vom 29. 9. 1933 und der Durchführungsverordnungen vom 19. 10. 1933 und 19. 12. 1933.
- ¹¹ Geleitwort von Wálther Darré, in: Saure, Reichserbhofgesetz, S. 9.
- ¹² StA München, LRA FFB 10275 (Amtsblatt für das Bezirksamt Fürstenfeldbruck vom 10. 8. 1933).
- ¹³ StA München, LRA FFB 10275.
- ¹⁴ StadtA FFB, Bericht des Prüfungsverbandes öffentlicher Kassen vom 11. Dezember 1937, in: Beschlussbücher Stadtrat 1935–38, Bände 1–5., Stadtrat Band 1.5, Sitzung 23. 9. 1938.
- ¹⁵ StadtA FFB, Beschlussbücher Stadtrat 1935–38, Bände 1–5., Stadtrat Band 1.5, Sitzung 30. 12. 1935.
- ¹⁶ StadtA FFB, Beschlussbücher Stadtrat 1935–38, Bände 1–5., Stadtrat Band 1.5, Sitzung 30. 9. 1936.
- ¹⁷ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.5 (1935–38), Sitzung vom 12. 11. 1935.
- ¹⁸ Bayerisches Statistisches Landesamt, Beiträge zur Statistik Bayerns Heft 132 (1939).
- ¹⁹ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.5 (1935–38), Sitzung vom 6. 12. 1935.
- ²⁰ Klaus Wollenberg, Zur Geschichte der Sparkasse Fürstenfeldbruck bis 1945, in: Werden und Wirken, Die Sparkasse Fürstenfeldbruck in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart 2000, S. 66.
- ²¹ Aly, Volksstaat, S. 67.
- ²² A. a. O., S. 68.
- ²³ A. a. O., S. 70.
- ²⁴ Wollenberg, Sparkasse Fürstenfeldbruck, S. 68f.
- ²⁵ Aly, Volksstaat, S. 347.
- ²⁶ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.6 (1938–43), Sitzung vom 3. 10. 1940.
- ²⁷ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.6 (1939–43), Sitzung vom 4. 3. 1941.
- ²⁸ StadtA FFB, Beschlussbücher Marktgemeinderat 1930–45, Bände 1–5, Stadtrat Band 1.6 (1939–43), Sitzung vom 30. 9. 1941.
- ²⁹ Klaus Wollenberg, Die amerikanische Militärregierung, in: Reich und Republik. Die Entwicklung von Weimar bis Bonn (1918–1992), in: Der Landkreis Fürstenfeldbruck, S. 272 und Wollenberg, Sparkasse Fürstenfeldbruck, S. 71.
- ³⁰ Geschäftsbericht der Sparkasse Fürstenfeldbruck 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1952.
- ³¹ Wollenberg, Die wirtschaftliche Situation nach 1945, S. 272 und Wollenberg, Sparkasse Fürstenfeldbruck, S. 297.
- ³² Bayerisches Statistisches Landesamt, Beiträge zur Statistik Bayerns, Gemeindedaten 2004 (Stand 30. 6. 2003)

Anschrift des Verfassers:

Prof. Dr. Klaus Wollenberg, Flurstraße 11, 82256 Fürstenfeldbruck

Beobachtungen zur Entwicklung Fürstenfeldbrucks in den Jahrzehnten nach der Stadterhebung

Von Martin Kornacher

Die Erhebung von Fürstenfeldbruck 1935 zur Stadt war auch eine Folge der infrastrukturellen und baulichen Entwicklung in den vorhergehenden Jahrzehnten. Dieser Beitrag soll versuchen, in erster Linie die vorliegenden Bild- und Plandokumente aus der Sicht eines Architekten und Stadtplaners zu interpretieren.

Vorgeschichte

Schon in der Prinzregentenzeit von 1886 bis 1912 geschah im Zuge der allgemeinen Modernisierung der öffentlichen Infrastrukturen auch in Fürstenfeldbruck einiges. Neben dem Einsatz neuer technischer Mittel wurde zu dieser Zeit der Bau oder die Modernisierung öffentlicher Gebäude als Kerne der weiteren Entwicklung betrachtet. Ab 1892 versorgten die

»Überlandwerke« die Einwohner mit Strom, 1908 wurde das Alte Rathaus umgestaltet und 1910 der Schlachthof auf der Lände errichtet. Der Name »Überlandwerke« bringt übrigens die entscheidende technische Neuerung des Oskar von Miller zum Ausdruck, nämlich die Möglichkeit, elektrische Energie vom Ort der Produktion in Schöngesing »über Land« in den Markt Fürstenfeldbruck zu transportieren. Nach dem Ersten Weltkrieg ging die begonnene Entwicklung Fürstenfeldbrucks weiter. So wurde im Jahr 1927 die Hauptstraße erstmals geteert und damit staubfrei gemacht. Im ehemaligen Kloster Fürstenfeld ließ sich im Jahr 1924 die Polizeischule nieder und gab damit der Stadt als Ausbildungsstandort eine neue Bedeutung. Die Entwicklung gerade auch der technischen Infrastrukturu-